

Guten Morgen, Gütersloh

Kleine Quellenkunde

Der Fortschritt hat offenbar nicht nur das Wissen verändert – sondern auch die Definition von „seriös“. Günter kann sich zum Beispiel noch ausgesprochen gut daran erinnern, was ihm zu Schul- und Unizeiten stets eingebläut wurde: „Wikipedia ist keine vertrauenswürdige Quelle“, wiederholten Eltern, Lehrer und Professoren fast mantraartig. Also suchte Günter seine Quellen brav in Büchern, Lexika und wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Später wurde es einfacher. Wenn Günter etwas wissen wollte, bekam er einen ebenso knappen wie hilfreichen Rat: „Google ist dein Freund“, riefen ihm Kollegen und Vorge-

setzte zu und hoben die Welt der Wissensbeschaffung auf eine neue Ebene. Heute hingegen heißt es geradezu lapidar: „Frag doch einfach ChatGPT.“

Günter staunt: Ausgerechnet jene Generation, die Wikipedia nie für eine seriöse Quelle hielt, vertraut nun auf die allumfassende Kenntnis einer künstlichen Intelligenz. Weh dem, der da nicht skeptisch wird. Günter jedenfalls bleibt vorsichtig. Wenn er schon ChatGPT fragt, dann googelt er anschließend die Antwort, verifiziert sie bei Wikipedia nach – und sucht anschließend noch eine seriöse Quelle in alten Wälzern. Sicher ist sicher, findet

Ihr Günter

Matthias Gans

Gütersloh. Mehrheitlich haben die Fraktionen am Montag im Hauptausschuss die Einwendung und den Widerspruch von Anwohnern gegen ein geplantes 30 Meter hohes Hochregallager von Hörmann in Avenwedde unterstützt. Doch Baudezernent Albrecht Pfortner machte klar, dass die Verwaltung bei ihrem Planungsweg bleibt. „Politisch ist die Sache gelaufen.“

Andreas Heine (CDU) berichtete, dass er sich beim Feuerwehrfest in Avenwedde am Wochenende Klagen über die Pläne hätte anhören müssen. Er habe auch am Montagmittag das Areal selbst in Augenschein genommen. „Das ganze Hochregallager rückt schon sehr nah an die Wohnbebauung heran“, so seine Einschätzung. Er forderte, den Antrag in den Planungsausschuss zu verweisen, um das Thema noch einmal „inhaltlich etwas diskutieren zu können“.

Heine kritisierte auch, dass die Bürger nicht in befriedigender Weise informiert worden seien. Auch die Treffen mit dem Unternehmen Hörmann hätten nur einen kleinen Kreis erreicht. Betroffen seien aber doch relativ viele Anwohner. Er könne die Verärgerung der Anwohner gut verstehen. Er schlug einen Vor-Ort-Besuch durch Bürgermeister Matthias Trepper vor.

Florian Baumann (Linke) schloss sich der Einwendung ebenso an wie Sabine Hollmann (SPD) und Gitta Trostmann (Grüne). Trostmann brachte dazu das Thema Begrünung auf und machte den Vorschlag, dass sich die Mitglieder des Ausschusses für Planung, Bauen und Immobilien (APBI) die Lage vor Ort anschauen sollten.

„Sie haben im Rat zwei Bebauungspläne rechtskräftig beschlossen“

Die ausführliche Antwort von Albrecht Pfortner wirkte wie eine Lektion in Sachen Verwaltungsarbeit und kommunalpolitische Verantwortung. „Wie entstehen Bebauungspläne, die Sie im Rat der Stadt Gütersloh beschließen?“, stellte der Baudezernent eine Frage voran.

„Es gibt Aufstellungsbeschlüsse, es gibt Bürgerbeteiligungen, bei der jeder seine Meinung abgeben kann. Es gibt Fachgutachten. Und dann unterbreitet Ihnen die Verwaltung einen Satzungsbeschluss.“ So sei es auch im vorliegenden Fall gewesen.

„Sie haben im Rat zwei Bebauungspläne rechtskräftig beschlossen, die dort Gewerbe ausweisen.“ Diese Bebauungspläne seien die Grundlage der Verwaltung für die untere staatliche Bauaufsichtsbehörde. Die Behörde entziehe sich aber der politischen Einflussnahme des Rates.

Man könne nicht-öffentlich im APBI über alles Mögliche sprechen und alles noch einmal herleiten, so Pfortner. „Aber die politische Einflussnahme ist erfolgt über den Beschluss der beiden Bebauungspläne. Auf diesen baut unsere Bauordnung nach den Baugesetzen eine Genehmigung oder

„Politisch ist das gelaufen“

Die Mehrheit der Fraktionen unterstützt den Widerspruch der Bewohner gegen das 30 Meter hohe Hochregallager von Hörmann. Die Stadt bleibt bei ihrer Linie.



Ganz schön blau: Das neue Hochregallager von Hörmann am Sitz des Unternehmens an der Gütersloher Straße in Steinhausen-Brockhagen. Foto: Frank Jasper

Versagung auf. In diesem Fall einen Vorbescheid. Das heißt: Politisch, im Sinne von Bescheid, ist die Sache gelaufen.“

Die Verwaltung stehe selbstverständlich im Austausch mit dem Unternehmen, was Begrünung und Gestaltungsfragen angehe. Auch seien alle direkt betroffenen Bürger von der Stadt angeschrieben und informiert worden. „Das hätten wir wegen rechtskräftiger Bebauungspläne nicht mehr machen müssen. Haben wir aber gemacht.“

Pfortner betonte zum Schluss: „Wir wollen Gewerbe in dieser Stadt. Vor allem auf Flächen, die als Gewerbeflächen bereits ausgewiesen sind. Wir wollen ein verlässlicher Partner der Wirtschaft in dieser Stadt sein. Natürlich unter Berücksichtigung der Belange der Nachbarn.“ In diesem Fall sei die Berücksichtigung über die Abwägung in den beiden Bebauungsplänen aber bereits erfolgt.

Daniel Helmig (CDU) gestand Pfortner zu, den Sachverhalt fachlich korrekt wiedergegeben zu haben. „Trotz

unseres politisch begrenzten Einflusses haben wir als Politik aber auch die Aufgabe, ein Teil der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung zu sein.“

Deswegen sei es richtig, dass der Bürgermeister und Vertreter des APBI vor Ort Präsenz zeigten und die Verwaltung den Austausch mit dem Unternehmen suchten, „damit wir möglichst verträglich im gegenseitigen Einvernehmen gutes und fortschrittliches Gewerbe gestalten können.“

„Sobald Bürgerprotest laut wird, geraten Teile der Politik in Schieflage“

Jürgen Behnke (BfGT) machte den Vorschlag, dass Hörmann bei der farblichen Gestaltung des Gebäudes auf das starke Blau und Orange verzichtet, denn das würde wie ein Fremdkörper wirken. Er nannte als Vorbild die großen Miele-Gebäude, deren Farben sich viel besser in die Landschaft einpassten.

„Sobald Bürgerprotest laut wird, geraten Teile der Politik in Schieflage“

„Sobald Bürgerprotest laut wird, geraten Teile der Politik in Schieflage“

Jürgen Behnke (BfGT) machte den Vorschlag, dass Hörmann bei der farblichen Gestaltung des Gebäudes auf das starke Blau und Orange verzichtet, denn das würde wie ein Fremdkörper wirken. Er nannte als Vorbild die großen Miele-Gebäude, deren Farben sich viel besser in die Landschaft einpassten.

Claudio Flocke (FDP) äußerte sich nicht im Ausschuss direkt, sondern erklärte sich im Anschluss. Aus seiner Sicht habe sich im Hauptausschuss ein Muster offenbart, das Kommunalpolitik zunehmend lähme: „Sobald Bürgerprotest laut wird, geraten Teile der Politik in Schieflage – und Entscheidungen, die zuvor sorgfältig getroffen wurden, werden plötzlich wieder infrage gestellt.“ Das Verfahren sei geordnet, transparent und abgeschlossen. Und dennoch entstehe der Eindruck, Politik müsse nun noch einmal drüber schauen, „nur weil 20 bis 30 Meter entfernt wohnende Bürger laut auftreten“, so Flocke. „Das ist kein Ausdruck von Bürgernähe – es ist ein Ausdruck von Unsicherheit.“

Der Ausschuss verständigte sich einstimmig darauf, die Einwendung an die Verwaltung zu verweisen. Am gestrigen Dienstag erläuterte Albrecht Pfortner Details der Planung im nichtöffentlichen Teil. Zudem soll es einen Vor-Ort-Termin für den APBI mit Bürgermeister geben.

Ludger Osterkamp

Gütersloh. Der Schuldenstand der Stadt Gütersloh ist erneut stark gestiegen. Im Schuldenbericht, den die Verwaltung einmal jährlich vorzulegen hat, weist die Stadtkasse zum Stichtag 30. Juni ein Minus von 232 Millionen Euro auf, 50 mehr als im Jahr zuvor. Trost: Immerhin enthält das Portfolio keinen Liquiditätskredit mehr (den hat die Stadt inzwischen an die Privatbank zurück gezahlt), sondern ausschließlich Investitionskredite.

Sämtliche Kredite, so Kämmerer Heinz-Dieter Wette, sind durch Derivate mit festen Zinsen vereinbart, insofern gegen Schwankungen gesichert. Aktuell liege der Durchschnitts-Zinssatz bei 3,16 Prozent (Vorjahr: 3,05 Prozent). Fast das gesamte Kreditportfolio (98 Prozent) sei noch mindestens fünf Jahre zinsgebunden. 42 Kredite habe die Stadt aktuell am Laufen.

Gestiegen ist der Schuldenstand, weil die Stadt in dem Berichtsjahr drei Investitionskredite von insgesamt 100 Millionen Euro aufnahm. Zehn Millionen Euro tilgte sie, 40 Millionen entfallen auf die Rückzahlung des Liquiditätskredites. Im übrigen steht die

Stadt ziemlich exakt zur Hälfte bei öffentlichen Kreditinstituten (NRW.Bank, KfW, Landesbanken, Sparkassen) und zur anderen Hälfte bei anderen privatrechtlichen Banken in der Kreide.

Die Pro-Kopf-Verschuldung (Stichtag 31. Dezember 2025) lag bei 2.276 Euro. Innerhalb eines Jahres sei sie damit um 80,5 Prozent gestiegen. Gütersloh näherte sich damit dem Durchschnitt anderer Städte vergleichbarer Größe an, so Kämmerer Wette. Landesweit lag die Pro-Kopf-Verschuldung etwa 500 Euro höher.

Bis 2029 sind Kreditaufnahmen von 193 Millionen Euro vorgesehen

In den nächsten Jahren wird Gütersloh weitere „frische“ Schulden machen, so Wette. Aktuell seien für die Jahre 2026 bis 2029 Kreditaufnahmen von 193 Millionen Euro vorgesehen, um damit die geplanten Investitionen finanzieren zu können. Ob es tatsächlich dazu komme, hänge folglich davon ab, in welchem Umfang in der Lage sein werde, diese Vorhaben auch umzusetzen. In der Vergangenheit wurden viele oft aufgeschoben.

Motorradfahrerin und Sozia bei Unfall verletzt

Ein Autofahrer hat das Zweirad beim Spurwechsel offenbar übersehen.

Gütersloh. Bei einem Verkehrsunfall auf dem Franz-Birkhan-Ring sind am Montagabend eine Motorradfahrerin und ihre Sozia verletzt worden. Die 18-jährige Beifahrerin erlitt dabei schwere Verletzungen.

Nach Angaben der Polizei war die 18-jährige Motorradfahrerin aus Rheda-Wiedenbrück gegen 19.10 Uhr gemeinsam mit ihrer gleichaltrigen Sozia auf dem Franz-Birkhan-Ring in Richtung Bielefeld unterwegs. Kurz vor der Kreuzung mit der Goethestraße wechselte ein 36-jähriger VW-Fahrer von der linken auf die rechte Fahrspur. Dabei übersah er offenbar das Motorrad. Es kam zum Zusammenstoß.

Die 18-Jährige verlor daraufhin die Kontrolle über ihr Zweirad und prallte auf der rechten Seite gegen einen Renault, der auf der Goethestraße verkehrsbedingt wartete.

Die Motorradfahrerin wurde leicht verletzt, ihre Sozia erlitt schwere Verletzungen. Beide wurden vom Rettungsdienst in umliegende Krankenhäuser gebracht. Während die Fahrerin ambulant behandelt wurde, musste ihre Sozia stationär aufgenommen werden.

Der Fahrer des VW und der Renault-Fahrer blieben unverletzt. Die Polizei beziffert den entstandenen Sachschaden mit etwa 8.000 Euro.

menstoß. Die 18-Jährige verlor daraufhin die Kontrolle über ihr Zweirad und prallte auf der rechten Seite gegen einen Renault, der auf der Goethestraße verkehrsbedingt wartete.

Die Motorradfahrerin wurde leicht verletzt, ihre Sozia erlitt schwere Verletzungen. Beide wurden vom Rettungsdienst in umliegende Krankenhäuser gebracht. Während die Fahrerin ambulant behandelt wurde, musste ihre Sozia stationär aufgenommen werden.

Der Fahrer des VW und der Renault-Fahrer blieben unverletzt. Die Polizei beziffert den entstandenen Sachschaden mit etwa 8.000 Euro.

Matthias Gans

Gütersloh. Eine sonntägliche Kiosk-Öffnung stößt weder in der Gütersloher Politik noch bei der Verwaltung auf Gegenliebe. Zwar wurde ein entsprechender Bürgerantrag so wie ein daraufhin eingegangener Gegenantrag eines Bürgers im Hauptausschuss am Montag zur weiteren Behandlung an die Verwaltung verwiesen. Doch die Mehrheit der Fraktion wie auch Güterslohs Dezernent für Ordnung, Heinz-Dieter Wette, konnten dem Ansinnen wenig abgewinnen.

Die CDU hätte den Antrag am liebsten sofort abgelehnt, wie Co-Fraktionssprecher Daniel Helmig erläuterte. Für diese Öffnung sehe seine Fraktion keinen Bedarf, insbesondere nicht im Innenstadtbereich. Eher Sorge eine Sonntagsöffnung für noch mehr Probleme in der Innenstadt.

Der Fraktion lägen Berichte von Bürgerinnen und Bürgern vor, die besagten, dass gerade die Kioskszene in Gütersloh beobachtenswert wäre, weil dort Minderjährigen Produkte angeboten würden, die sie gar nicht besitzen dürften.

Für Can Erdal (Grüne) liegen die Dinge ganz einfach: „Das Ladenöffnungsgesetz in NRW besagt: Wenn es ein begrenztes Angebot gibt, das sich auf Getränke, Tabakwaren und Ähnliches beschränkt, und eine Schanklizenz vorliegt, darf

ein Kiosk für bis zu fünf Stunden am Sonntag geöffnet werden. Ich sehe keinen Grund, warum man nicht nach landesgesetzlichen Vorgaben verfahren sollte.“

Auch in anderen Städten werde so verfahren. Dort kontrolliere auch das Ordnungsamt etwaige Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz. Ein Kiosk wie der gegenüber dem Rathaus, der auch Shisha-Pfeifen und Ähnliches anbiete,



Dieser Kiosk dürfte schon alleine wegen der Breite seines Sortiments sonntags nicht öffnen. Foto: Ludger Osterkamp

dürfte, so Can Erdal, dann nicht öffnen, weil das Sortiment zu groß für eine Ausnahme-genehmigung sei. „Wenn es aber einen trinkhallenähnlichen Betrieb wie an jedem Mini-golfplatz gibt, dann ist das für eine gewisse Zeit gesetzlich erlaubt.“

„Sechs Tage in der Woche reichen, um seinen Bedarf zu decken“

Auch Volker Richter (SPD) sah keine Notwendigkeit, zusätzliche Öffnungszeiten zu erlauben und hatte dabei auch den Schutz der Mitarbeiter im Blick. „Sechs Tage in der Woche reichen, um seinen Bedarf zu decken, wenn man mit einer gewissen Planung darangeht.“ Ansonsten könne man immer noch auf Tankstellen ausweichen.

Florian Baumann (Linke) sagte, dass er die Argumente von CDU und SPD nachvollziehen, aber auch die Begrün-

dung von Can Erdal. Die Fraktion habe das Thema sehr kritisch in der Fraktion diskutiert, sei aber noch zu keinem Ergebnis gekommen. Er schlug eine Vertagung in einen anderen Ausschuss vor. Torsten Drescher (AfD) erinnerte an die jüngsten Lachgasvorfälle in dem Bereich sowie die Problematik mit E-Zigaretten, auch konnte er keinen Bedarf und keine Relevanz für eine Sonntagsöffnung.

Ordnungsdezernent Heinz-Dieter Wette sah das Thema unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten und außerhalb der politischen Kontrolle. Seine Einschätzung indes spiegelte die Ansichten aus der Politik. „Ich sehe keine Rechtsgrundlage für eine Öffnung der Kioske gerade im Bereich des Rathauses. Verweisen Sie den Antrag an uns, wir werden dann zu einer entsprechenden Entscheidung kommen.“ SPD, Grüne, Linke, BfGT und FDP stimmten für die Verweisung an die Verwaltung, CDU und AfD dagegen.